

BStU



Zentralarchiv

---

MfS - BdL /Dok.

Nr. 004618

1. Exemplar

101970

154/77

MINISTERRAT  
DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK  
Ministerium für Staatssicherheit  
1. Stellvertreter des Ministers

Berlin, den 1. 9. 1977

BStU

000001

Dienstseinheiten  
Leiter

Vertrauliche Vers. sache  
MfS 008 Nr.: 81/77  
779. Ausf. 2 Blatt

In letzter Zeit gab es wiederholt Feststellungen, daß Personen, gegen die Einreisesperre bzw. Sperre der Reise im übrigen Transitverkehr wegen Straftaten gemäß der §§ 105 und 213 sowie anderen feindlich-negativen Handlungen verfügt wurde, den vertragsgebundenen Transitverkehr zwischen der BRD und Westberlin zu Kontaktaufnahmen, Treffs, Übergabe/Übernahme von Materialien, Abweichungen von der Transitstrecke sowie Vorbereitung und Durchführung von Personenschleusungen mißbrauchen.

Zur Gewährleistung einer hohen inneren Sicherheit und zur Unterbindung feindlicher und anderer ungesetzlicher Handlungen unter Mißbrauch des vertragsgebundenen Transitverkehrs durch Personen, denen die Einreise in die DDR und der übrige Transitverkehr gesperrt wurde, ist - insbesondere bei festgestellten Aktivitäten dieser Personen eine Einreise in die DDR zu erlangen - von den operativen Dienstseinheiten verantwortungsbewußt zu prüfen, inwieweit zusätzlich zu der bereits verfügbaren Reisesperre die Einleitung einer Fahndung zur Durchführung politisch-operativer Kontroll- und Überwachungsmaßnahmen im vertragsgebundenen Transitverkehr zwischen der BRD und Westberlin erforderlich ist.

Diese Fahndung hat zum Ziel die Wiederausreise zu überwachen und die zuständige operative Dienstseinheit bei Verdacht des Abweichens von der Transitstrecke zur Einleitung politisch-operativer Maßnahmen sowie zur Abstimmung von Fahndungsmaßnahmen im Inneren zu verständigen bzw. bei anderen hinreichenden

Verdachtsmomenten des Mißbrauches des Transitverkehrs nach Abstimmung die erforderlichen Kontrollmaßnahmen bei der Ausreise durchzuführen. In jedem dieser Fälle ist zu prüfen, ob damit die Voraussetzungen für die Einleitung einer Fahndung zur Realisierung einer Reisesperre im vertragsgebundenen Transitverkehr erfüllt sind.

Die Einleitung einer zusätzlichen Fahndung zur Durchführung politisch-operativer Kontroll- und Überwachungsmaßnahmen im vertragsgebundenen Transitverkehr zwischen der BRD und Westberlin betrifft insbesondere Personen, die versuchten (bzw. bei denen der Versuch zu erwarten ist)

- in die DDR einzureisen, z. B. zum Tagesaufenthalt in der Hauptstadt der DDR oder zur Leipziger Messe bzw. im übrigen Transitverkehr durch die DDR zu reisen und die in der Grenzpassage zurückgewiesen wurden;
- einen Berechtigungsschein zum ein- oder mehrmaligen Empfang eines Visums zu erlangen und deren Anträge auf Einreise in die DDR abgelehnt wurden;
- aus der VRP oder der CSSR kommend, in die DDR einzureisen und glauben, auf diesem Wege die verfügte Reisesperre umgehen zu können;

den vertragsgebundenen Transitverkehr zwischen der BRD und Westberlin durch Abweichen von den Transitstrecken und illegalen Aufenthalt in der DDR oder andere feindlich-negative Handlungen zu mißbrauchen.

Grundlage für die Prüfung der politisch-operativen Notwendigkeit der zusätzlichen Einleitung einer Fahndung zur Durchführung politisch-operativer Kontroll- und Überwachungsmaßnahmen im vertragsgebundenen Transitverkehr bilden neben den vorgenannten Sachverhalten

- die der Einleitung der Reisesperre (Einreise bzw. übriger Transitverkehr) zugrunde liegenden Sachverhalte;
- die operative Situation im eigenen Verantwortungsbereich im Zusammenhang mit eingeleiteten Maßnahmen zur Absicherung bzw. operativen Bearbeitung von Rückverbindungen u. dgl.

Bei Erfordernis hat unverzüglich die Einleitung der Fahndung zur Durchführung politisch-operativer Kontroll- und Überwachungsmaßnahmen entsprechend den Festlegungen der Dienst-anweisung 6/75 zu erfolgen.

Vorstehende Regelung ist auch auf Personen anzuwenden, zu denen die Reisesperre von den Organen des MdI eingeleitet wurde.

Zuständig für die Einleitung einer zusätzlichen Fahndung zur Durchführung politisch-operativer Kontroll- und Überwachungsmaßnahmen im vertragsgebundenen Transitverkehr in diesen Fällen ist die operative Diensteinheit, die die jeweilige Person in der Abteilung XII aktiv erfaßt hat.

Dieses Schreiben ist der Dienst-anweisung 6/75 beizufügen.

*B. Weber*  
Generalleutnant